Die grünen Zerstörer der deutschen Wirtschaft und Umwelt
Wirtschaft

NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]
NAEB 2503 am 3. Februar 2025

Ideologische Vorgaben zerstören intakte Kraftwerke. Teurer Zufallsstrom von Wind- und Solaranlagen vernichtet die deutsche Wirtschaft und zerstört die Umwelt.

Das weitgehend zerstörte und handlungsunfähige Deutsche Reich wurde nach dem zweiten Weltkrieg mit Energie aus Kohle wieder aufgebaut. Mit Kohle wurde geheizt, Eisen und Maurerkalk erzeugt und das Land mit Strom versorgt. Die Wirtschaft von Ruhrgebiet und Saarland wuchs deutlich aufgrund der Steinkohleförderung. Braunkohlestrom aus den großen Tagebauen westlich von Köln versorgte weite Teile des Ruhrgebiets.

Teurer Strom
Aufgrund des preiswerten Erdöls aus Saudi-Arabien wurde in den 1960er-Jahren die Steinkohleförderung zu teuer. Viele Betriebe wechselten zu preiswerterem Erdöl, das leicht regelbar den Brennern zugeführt werden konnte. Doch für eine sichere Energieversorgung wurde die Kohleförderung und Verstromung subventioniert. Hinzu kam der Bau von Kernkraftwerken. In den 1970er-Jahren war der Strompreis am günstigsten. Ein Industriearbeiter musste 0,9 Minuten für eine Kilowattstunde Haushaltsstrom arbeiten. Heute ist es die doppelte Arbeitszeit, wenn man die Subventionen und Regelkosten für den sogenannten regenerativen Strom einrechnet, die aus dem Steueraufkommen bezahlt werden, ohne in der Stromrechnung zu erscheinen.

Protest gegen Kernkraftwerke mit falschen Argumenten
Ende des 20. Jahrhunderts organisierten Grüne große Demonstrationen gegen die Kernkraftwerke. Die Kernkraftwerke seien zu gefährlich. Durch technische Störungen könne Strahlung austreten, die große Gebiete der Bundesrepublik Deutschland unbewohnbar machen und Krebserkrankungen verursachen würden. Die ausgedienten Brennelemente, die noch 90 Prozent der ursprünglichen Energie enthalten, müssten über Millionen Jahre strahlensicher gelagert werden. Diese Argumente widersprechen der Physik und den Erfahrungen. Warum gab es in Hiroshima und Nagasaki 1945 und später kein erhöhtes Krebsaufkommen? Die Strahlung der Brennelemente verringert sich in wesentlich kürzeren Zeiten auf unbedenkliche Werte. Außerdem sollte die große Restenergie genutzt werden, statt sie zu vergraben. Möglich wären Heizwerke für Fernwärme.

Die Demonstrationen waren erfolgreich. Die Bundesregierung entschied, aus der Kernenergie auszusteigen. Sie sollte durch effiziente Kohlekraftwerke ersetzt werden. Allein am Tiefwasserhafen von Wilhelmshaven sollten drei neue Kraftwerke entstehen. Nur ein Werk wurde gebaut. Fachleute der Stromwirtschaft verhandelten Anfang dieses Jahrhunderts mit dem damaligen Bundesumweltminister Trittin und seinen Staatssekretär Baake über die Umstellung, die die Stromversorgung keinesfalls gefährden sollte.

Sichere Stromversorgung wird aufgegeben
Das waren die letzten rationalen politischen Aktionen zu einer sicheren und preiswerten Energieversorgung. Nun sollte die Energie von Sonne und Wind genutzt werden. Diese Energie sei im Überfluss vorhanden und noch dazu kostenlos, wie es der Grünen-Prediger Franz Alt jahrzehntelang verkündete. Von dem teuren und umweltzerstörenden Einsammeln dieser geringen Energiedichten hat der Theologe Alt bis heute seine Augen verschlossen.

Die Politik folgte Franz Alt und brachte mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) die Umstellung und damit die allmähliche Zerstörung des Landes auf den Weg, wie sich jetzt unübersehbar herausstellt. Investoren in die sogenannte erneuerbare Stromerzeugung erhielten für 20 Jahre lukrative Einspeisevergütungen, verbunden mit der bevorzugten Einspeisung ihres Stroms in das Netz. Die guten, gesetzlich gesicherten Gewinne führten schnell zum Bau vieler Wind-, Solar- und Biogasanlagen. Aloys Wobben, Gründer von Enercon, wurde zum Milliardär. Banken finanzierten die Anlagen zu fast 100 Prozent. Wer es schaffte, Windgeneratoren mit einer Leistung von 20 Megawatt zu betreiben, wurde auf Kosten der Stromkunden zum Einkommens-Millionär. Die Energiewende ist eine unsoziale Umverteilung von unten nach oben. Und keine Gewerkschaft erhebt Einspruch.

Stromkosten werden verschleiert
Die Profiteure des EEG nahmen schnell zu. Die vier- bis fünfmal höheren Kosten des Öko-Stroms mussten die Stromkunden mit der EEG-Umlage bezahlen. Zunächst waren das kleine Beträge. Doch sie wuchsen schnell auf 30 bis 50 Milliarden Euro jährlich. Um den Preisanstieg auf der Stromrechnung zu bremsen, wird seit 2021 die Einspeisevergütung aus der CO2-Abgabe beglichen. Eine Verdummung der Stromkunden, denn damit steigt die Abgabenlast. Der steigende Strompreis treibt seit 20 Jahren immer mehr Betriebe ins Ausland. Das ist anhand von volkswirtschaftlichen Zahlen nachweisbar. Die Politik nahm davon keine Notiz.

Ideologen beherrschen die Energiepolitik
Grüne fast aller Parteien treiben die Energiewende voran. Die Bundesrepublik Deutschland solle ausschließlich mit Strom aus Sonne, Wind, Biomasse und Wasserkraft versorgt werden. Das sei klimaneutral. Neben den Kernkraftwerken sollen auch alle Kohlekraftwerke stillgelegt werden. Die Kohlekommission, eine Gruppe aus Lokalpolitikern, Gewerkschaftlern, Kirchenvertretern und anderen Organisationen, jedoch ohne einen einzigen Energiefachmann, hat das empfohlen. Inzwischen sind alle Kernkraftwerke außer Betrieb. Wichtige Teile der Anlagen wurden sofort zerstört, damit ein Wiederanfahren unmöglich ist. Gleiches geschieht mit den stillgelegten Kohlekraftwerken. Darunter ist auch das Kraftwerk Moorburg bei Hamburg, das erst 2015 in Betrieb genommen worden war.

Die Regelenergie, die unzuverlässigen Wind- und Solarstrom auf den Bedarf ergänzen muss, kam bisher von den Kohlekraftwerken. Mit dem Mangel an regelbaren Kraftwerken sinkt die Versorgungssicherheit bis hin zum Stromausfall. Das haben auch die grünen Energiewender erkannt. Neue Gaskraftwerke mit etwas geringeren CO2-Emissionen sollen nun die Regelenergie liefern. Doch die sind bislang ungeplant. Erdgas soll später durch Wasserstoff ersetzt werden: eine utopische Idee, in die schon viele Milliarden Euro von der Ampelregierung versenkt wurden.

Versorgungsprobleme durch teuren Ausbau von Wind- und Solaranlagen
Inzwischen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Wind- und Solaranlagen mit einer installierten Leistung von 170 Gigawatt, für die rund 170 Milliarden Euro investiert wurden. Die mittlere Jahresleistung erreicht aber nur etwa 25 Gigawatt mit vom Wetter abhängigen Schwankungen zwischen null und 80 Gigawatt. Das heißt, bei Dunkelflauten in windstillen Nächten gibt es keinen grünen Strom aus Sonne und Wind. Kraftwerke müssen die gesamte Versorgung bis zu 70 Gigawatt übernehmen. Dazu ist die Kraftwerkskapazität nach dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke und der ersten Kohlekraftwerke zu gering. Es müssen Atomstrom und Kohlestrom importiert werden.

An Wochenenden sinkt die geforderte Leistung bis zu 40 Gigawatt ab. Dann wird das Netz bei Sonnenschein und kräftigen Wind überlastet. Werden keine Abnehmer für den überschüssigen Strom gefunden, schalten Sicherungen das Netz ab: Stromausfall! Der Export des Überschussstroms muss bezahlt werden. Die Beträge werden an der Strombörse ausgehandelt. Es werden bis zu 10 Cent / Kilowattstunde zusätzlich zu der hohen

Einspeisevergütung fällig. In 2024 gab es mehr als 500 Stunden mit negativen Börsenpreisen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird erpressbar
Die doppelte Erzeugerkapazität, unzuverlässiger und teurer Strom aus Sonne und Wind, der durch sicheren und preiswerten Kraftwerkstrom bei Dunkelflaute hundertprozentig ersetzt werden muss, ist das Ergebnis der Energiewende. Das ist volkswirtschaftlich unsinnig und macht die Bundesrepublik Deutschland erpressbar, denn seit 2024 muss Energie importiert werden. Mit der geplanten Beendigung der Braunkohleförderung wird auch der letzte heimische Energieträger aufgegeben.

Das Ausland lacht ungläubig über die deutsche Energiepolitik, die eine einst blühende Wirtschaft zerstört hat und noch vorhandene Betriebe vertreibt. Darüber hinaus zerstören Windgeneratoren und Solarzellen die Landschaft und die Umwelt. Zum Bau von Windgeneratoren werden Wälder und Naturschutzgebiete freigegeben. Die Zahlen über getötete Vögel, Fledermäuse und Insekten durch Windgeneratoren sind beängstigend hoch und unbestritten.

Energiebasis von China, Russland und der USA bleibt Kohle, Erdöl und Erdgas
Die augenblickliche Energiepolitik ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Parteien müssen zur Wirklichkeit zurückkehren und das Scheitern der Energiewende eingestehen. Die Wirtschaft muss wieder mit sicherer und preiswerter Energie versorgt werden. Die gibt es außer durch Kernkraft nur mit den Kohlenwasserstoffen Kohle, Erdöl und Erdgas. Die USA, China und Russland haben das erkannt und nutzen diese Energieträger weiter als Grundlage für ihre Wirtschaft. Sie betreiben auch Wind- und Solaranlagen zur Erprobung. US-Präsident Trump hat das Pariser Klimaabkommen aufgekündigt. Chinas Staatspräsident Xi Jinping will sein Land nach erfolgreicher Erprobung auf "klimafreundliche" Stromerzeugung umstellen. Mit dieser Versicherung stützt er Chinas Exporte in Länder, die das Pariser Klimaabkommen unterschrieben haben, ohne die Kohlenwasserstoffe als Energiebasis für Wirtschaft und Wohlstand aufzugeben. Und Russlands Wirtschaft wächst dank der Förderung und dem Export von Kohlenwasserstoffen und dem Bau von Kernkraftwerken.

Die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB
1. Klimawandel hinnehmen: EE-Strom aus Sonne, Wind und Biogas samt EEG beenden
2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas statt Wasserstoff (H2) nutzen
3. Weiterhin Kohlestrom nutzen, Kraftwerke reaktivieren, keine CO2-Langzeitspeicherung
4. CO2-Abgabe beenden, Klimaschutzgesetz aussetzen, Klimafonds und Transformationsfonds auflösen
5. kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995
6. E- / Bio-Fuels und Batterie-Kfz-Mobilität stoppen
Diese sechs Aktionen gegen Ampel und CDU/CSU per AfD durchsetzen

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V.i.L. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildschirmkopie-ARTE-Lindner-Habeck aus www.youtube.com/watch?v=J3LR4IEznBg
[2] https://www.naeb.info/Beitritt.htm

Die deutsche Wirtschaft - beflügelt durch die Ampelkrise? | ARTE Hintergrund
19. Dezember 2024 | ARTEde
Rezession, Krise der Automobilbranche und im November platzte dann auch noch die Ampel-Koalition. Gleichzeitig verzeichnet der deutsche Aktienindex Dax momentan einen Rekord nach dem anderen und auch die Gehälter sind im Jahr 2024 deutlich angestiegen. Könnten die Krisen entgegen der Erwartungen Deutschlands Wirtschaft sogar beflügeln?
https://www.youtube.com/watch?v=J3LR4IEznBg

So gefährdet ist Deutschlands Wirtschaft wirklich | Berlin direkt
17. September 2024 | ZDFheute Nachrichten
Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der Krise. Entlassungen, Werksschließungen, Abwanderungen - die Lage wird immer dramatischer. Die Regierung reagiert, mit Subventionen, Klimaförderung und dem Wachstumschancengesetz. Doch angesichts des historischen Ausmaßes der Krise sei das zu wenig, heißt es aus Wirtschaft und Industrie. BDI-Präsident Siegfried Russwurm fordert im ZDF einen anderen Umgang mit dem Thema Industriepolitik. "Das Klein-Klein hilft uns nicht weiter", sagt er. Einer Studie zufolge sei "ein Fünftel der deutschen Industrie in den nächsten Jahren akut gefährdet"
https://www.youtube.com/watch?v=hIJ7KFLH4VU

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.i.L.

Herr Hans Kolpak
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.i.L.

Herr Heinrich Duepmann
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh

https://NAEB.info
info@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V.i.L. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

Arte ist Teil des französischen/deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Dr. Habeck
Scholz